



3 Minuten für die Jungen

*Sehr geehrte Frau Nationalrätin, sehr geehrter Herr Nationalrat,
sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrter Herr Ständerat,*

In nur drei Minuten haben Sie diese Mitteilung gelesen. Sie vermittelt Ihnen einen kurzen, präzisen Überblick über ein kinder- bzw. jugendrelevantes Anliegen. Weitere Auskünfte erteilen wir Ihnen gerne per E-Mail (ekkj-cfej@bsv.admin.ch) oder telefonisch (031 322 92 26).

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Wintersession 2012.

Pierre Maudet, EKKJ-Präsident

Höhere Studiengebühren gefährden den Zugang zur tertiären Bildung

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) zeigt sich besorgt über die Diskussionen um eine mögliche Erhöhung der Studiengebühren. Sie hat die Verantwortlichen der ETH, der Universitäten und der Fachhochschulen auf die Risiken einer Erhöhung hingewiesen. Die EKKJ appelliert an Bund und Kantone, sich dafür einzusetzen, dass sich Kinder und Jugendliche nach ihren Fähigkeiten bilden können. Ohne Ausgleichssystem in Form eines erweiterten Stipendienwesens wäre der Zugang zur höheren Bildung durch eine Gebührenerhöhung gefährdet.

Die Verfassung garantiert den Zugang zur Bildung

Die Diskussionen um eine mögliche Erhöhung der Studiengebühren werfen eine grundlegende Frage auf, nämlich die des chancengleichen Zugangs zur Bildung. Gemäss Bundesverfassung setzen sich Bund und Kantone dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich nach ihren Fähigkeiten bilden können (Art. 41 BV). Für die EKKJ ist es von zentraler Bedeutung, dass dieser Grundsatz auch auf den höheren Bildungsstufen eingehalten wird. Die finanzielle Situation von Jugendlichen und deren Familien soll kein massgebendes Kriterium für den Zugang zum tertiären Bildungsbereich werden.

Die Erhöhung der Studiengebühren bringt mehr Probleme mit sich, als sie zu lösen vermag

Aus Sicht der EKKJ hätte eine markante Erhöhung der Studiengebühren negative Konsequenzen für die finanzielle Situation vieler Studierender, insbesondere für Jugendliche aus benachteiligten Familien. Doch auch die Familien der Mittelschicht wären betroffen, vor allem jene mit mehreren Kindern in Ausbildung. Hohe Studiengebühren führen zu einer Selektion der Studierenden aufgrund ihrer finanziellen Situation und nicht aufgrund ihrer intellektuellen oder persönlichen Fähigkeiten. Die Chancen auf eine höhere Ausbildung werden so gemindert.

Die EKKJ ist überzeugt, dass die Studiengebührenerhöhung keine Lösung für die Finanzierungsprobleme der Hochschulen darstellt. Die Gebühren decken derzeit weniger als 1% der Auslagen der ETH ab. Selbst eine Verdoppelung der Studiengebühren würde keine markanten Mehreinnahmen generieren. Dies gilt auch in Bezug auf Universitäten und Fachhochschulen. Hingegen würden die längeren Studienzeiten von erwerbstätigen Studierenden die öffentliche Hand teurer zu stehen kommen.

Die EKKJ hat deshalb die Verantwortlichen der Hochschulen ersucht, auf eine markante Erhöhung der Studiengebühren zu verzichten. Zur Lösung der Finanzierungsprobleme von Hochschulen als auch in Bezug auf die steigenden Studierendenzahlen müssen Alternativen gefunden werden, die im Sinne der jungen Generation sind. Würde trotzdem eine Studiengebührenerhöhung beschlossen, bräuchte es Begleitmassnahmen, insbesondere ein erweitertes, gesamtschweizerisch materiell und formell harmonisiertes Stipendiensystem.